

Samstag 16. Dezember Film und Diskussion:

Kick it like Frankreich Der Aufstand der Studenten -ein Film von Martin Keßler (2006)



Wir fordern soziale Gerechtigkeit statt sozialem Kahlschlag, eine kostenfreie Bildung und Ausbildung, eine armutsfeste Grundsicherung, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung. Gesundheit und Bildung sind keine Ware!

Die neue Wut hat inzwischen auch die Studenten erfasst. Ob in Hamburg, Nord-Rhein-Westfalen oder in Hessen gehen tausende Studenten auf die Straße, um gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren zu protestieren. Für das Recht auf kostenlose Bildung !Gegen die schleichende Privatisierung des Bildungswesens !Gegen die soziale Ausgrenzung von Studierenden aus einkommenschwachen Familien!

Die Filmemacher haben den Protest der hessischen Studenten von Anfang an mit ihren Kameras begleitet.

Sie sind hautnah dabei wenn Autobahnen und Bahnhöfe blockiert werden, sie zeigen wie Polizei und Politik reagieren. Sie gehen der Frage nach ob es den Studierenden gelingt sich mit Schülern, Gewerkschaften und Erwerbslosen zu vernetzen...

Immer öfter ist von „französischen Verhältnissen“ die Rede, immer öfter werden die erfolgreichen Kämpfe im Nachbarland zum Vorbild

Warum haben wir in Deutschland (noch) keine französischen Verhältnisse? Was treibt die Studierenden zu immer heftigeren Protesten?

Was hat der Kampf gegen Studiengebühren mit den anderen Kämpfen gegen Sozialabbau zu tun?

Mit diesen Fragen befasst sich der Dokumentarfilm „Kick it like Frankreich - Der Aufstand der Studenten“

Weg mit Studiengebühren in Hessen und anderswo! Für Solidarität und freie Bildung!

Das Jahr 2007 soll für Studierende ein schwarzes Jahr werden. In Hessen, wie in fast allen Bundesländern, werden Gebühren von mindestens 500 Euro pro Semester fällig. Trotz der

monatelangen, massiven Proteste zehntausender Studierender und einer breiten gesellschaftlichen Ablehnung hat die hessische Landesregierung die unsozialen Studiengebühren für alle durchgedrückt. Wir meinen: Was beschlossen wurde, kann auch wieder zurückgenommen werden. Für Solidarität und freie Bildung – jetzt erst recht!

Die allgemeine Einführung von Studiengebühren bedeutet eine Verschärfung der sozialen Selektion im deutschen Bildungs- und Hochschulsystem: die Hochschulen werden verstärkt gegen „Bildungsfremde“, vor allem Kinder von ArbeiterInnen und MigrantInnen, abgeschottet; der Nachwuchs der Besserverdienenden wird privilegiert. Frei zugängliche Bildung für alle Menschen vom Kindergarten bis zur Hochschule aber ist Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation und für das Sich-Einmischen in demokratische Prozesse. Uns ist bewusst, dass bisher keine einzige Partei einen Vorschlag zur Bildungsfinanzierung gemacht hat, der den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit und einer umfassenden Bildung, die sich nicht auf kapitalistisch verwertbares Wissen beschränkt, gerecht wird.

Von Think Tanks wie der Bertelsmannstiftung werden seit über 10 Jahren die Konzepte für die Einführung von Studiengebühren entwickelt, die heute bundesweit durchgesetzt werden. Studiengebühren sind ein Element der Privatisierung des Bildungssektors. Die Kosten tragen diejenigen, die sich das „Produkt Bildung“ nicht leisten können. Die Studiengebühren sind auch Teil einer Umverteilungspolitik der Machthabenden. Durch immer weitere unsoziale Kürzungen gegen die Bevölkerung (Hartz IV, Gesundheitsreform, Rente mit 67, etc.) mehren sie den Wohlstand von Konzernen, Banken und Superreichen und fahren die Staatsfinanzen in den Keller.

Die „Reform“ (d.h. die beabsichtigte Zerstörung) sozialstaatlicher Absicherungen, die auch Thema des G 8-Gipfels sein wird, ist die europäische Form der globalen Umstrukturierung, welche stets als alternativlos präsentiert wird. Deren Folgen sind für Menschen in anderen Ländern oft noch härter spürbar als hier. Wir betrachten die Entwicklung bei uns deshalb in einem globalen Rahmen und sind solidarisch mit allen Menschen, die weltweit für Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit eintreten.

Wir fordern soziale Gerechtigkeit statt sozialem Kahlschlag, eine kostenfreie Bildung und Ausbildung, eine armutsfeste Grundsicherung, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung. Gesundheit und Bildung sind keine Ware!

Filmvorführung mit Diskussion:

KICK IT LIKE FRANKREICH

16.12.2006 um 20:00Uhr

Wiesbaden, Café Klatsch, Marcobrunnerstr. 9, Ecke Eltviller Straße

Mehr Infos:

Internetseite der Filmemacher: www.neuewut.de

www.uebergebuehr.de

www.verfassungsklage-bildung.de

Weiterführende Links zum Thema:

Dieser Artikel wurde auf www.aku-wiesbaden.de veröffentlicht

Zurück zur [Homepage](#)